

Kritische Wohnungsforschung in Tradition der politischen Ökonomie geht von der Grundannahme aus, dass sich Veränderungen von Wohnungspolitiken „nicht immanent wohnungspolitisch begründen“ lassen, sondern jegliche „Theorie der Wohnungspolitik die empirisch feststellbaren Veränderungen der Wohnungspolitik mit Veränderungen in der Struktur der gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse“ (Brede 1988, S. 21) zu verknüpfen hat. Daraus resultiert die methodische Anweisung, Praktiken der Wohnungspolitik auf die jeweils historisch spezifischen Gesellschaftsformationen der kapitalistischen Produktionsweise und deren Krisenphänomene, auf die Formen der sozialen Reproduktion insgesamt sowie auf die sich wandelnden gesellschaftlichen und politischen Kräfteverhältnisse zu beziehen (Aalbers und Christophers 2014; Madden und Marcuse 2016; Prigge 1988).

Beispielsweise kann so die erfolgreiche Durchsetzung eines staatlich subventionierten Massenwohnungsbaus nach dem Zweiten Weltkrieg in Gestalt von suburbanen Eigenheimen und/oder sozialem Mietwohnungsbau vor dem Hintergrund einer auf Massenproduktion und Massenkonsum ausgerichteten fordistischen Gesellschaftsformation als Klassenkompromiss auf Grundlage einer Artikulation multipler Interessenslagen interpretiert werden. In dieser spezifischen historischen Konstellation konnten zumindest in westlichen Industrieländern in jeweils differenter, aber doch ähnlicher Art und Weise (Harloe 1995, S. 210 ff.; Prigge und Kaib 1988) die Interessen an der Reproduktion der Arbeitskraft seitens des produzierenden Kapitals (= niedrige Wohnkosten), die ökonomischen Kalküle der Akkumulation privater Wohnungsbaukapitalien (= ausreichende Rentabilität) sowie die politischen Ziele der sozialen Sicherung (= bezahlbares Wohnen) zu nichtantagonistischen Widersprüchen bearbeitet werden: Vergleichsweise niedrige Wohnkosten, eine massive Ausweitung des Wohnraumangebots und eine auf

Kleinfamilien zugeschnittene Bauweise sicherten soziale Stabilität, wirtschaftliches Wachstum und konservative Familienmodelle; wobei zugleich die Profitabilität (privater) Bauträger in vielen Fällen nicht eingeschränkt, sondern durch staatliche Subventionen garantiert wurde (Aalbers 2015; Prigge 1988).

Mit der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren und der Internationalisierung des Kapitals zerbricht diese hegemoniale Einheit, was letztlich den Weg für die Neoliberalisierung der Wohnungspolitik bereitet. Kennzeichen der neuen postfordistischen Epoche sind vielerorts die Vermarktlichung des Wohnens durch die Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände, die Deregulierung von Mieterrechten, die Finanzialisierung von Hypothekenkrediten und die damit einhergehende steigende Verschuldung privater Haushalte (Aalbers 2015; Gotham 2009; Harvey 2008; Hackworth und Smith 2001; Heeg 2013; Rolnik 2013). Seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 treten jedoch die immanenten Widersprüche dieses Modells deutlicher hervor, insofern der Zugang zu Hypothekenkrediten angesichts prekärer Arbeitsverhältnisse, stagnierender Löhne und steigender Wohneigentumspreise insbesondere für jüngere Haushalte versperrt ist (Aalbers 2016; Aramburu 2015), der soziale Wohnungsbau nur noch in marginalisierter Form existiert (Scanlon et al. 2014) und auch der private Mietmarkt häufig keine bezahlbare und sichere Alternative bietet.¹ Vor dem Hintergrund zahlreicher Krisentendenzen des finanzmarktdominierten Kapitalismus (Demirovic 2011; Panitch und Gindin 2011; Sablowski 2011), einer verschärften Überakkumulation von Kapital (Gotham 2009; Harvey 2010; Zeller 2011) sowie einer Hegemoniekrise des Neoliberalismus (Aalbers 2013; Buckel et al. 2012; Peck 2010), in der im Sinne eines „autoritären Wettbewerbsetatismus“ (Oberndorfer 2012) der wegbrechende Konsens immer häufiger durch Zwang ersetzt zu werden droht, wird danach gefragt, ob sich gegenwärtig neue „post-crisis housing regimes“ (Aalbers 2016, S. 77) herausbilden und welche Rolle städtische soziale Proteste dabei spielen.

Im Rahmen der hier vorliegenden Untersuchung wird die potenzielle Herausbildung neuer postneoliberaler Regime der Wohnungsversorgung am Beispiel von Tel Aviv-Jaffa bzw. Israel sowie Frankfurt am Main bzw. Deutschland betrachtet; verglichen werden also Wohnungspolitik in sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen, politökonomischen und geopolitischen Kontexten. Während bei Vergleichen in der Stadtforschung häufig möglichst ähnliche Fallbeispiele identifiziert werden, um den isolierten Einfluss einer spezifischen Kategorie herauszuarbeiten,

¹Die stärker regulierten Mietwohnungsmärkte, die geringe Eigentümerquote und der niedrige private Verschuldungsgrad in Österreich, der Schweiz und in Deutschland bilden hier Ausnahmen (Aalbers 2016, S. 101 ff.).

wird Vergleich hier als Minimalkonzept einer „comparative gesture“ (Robinson 2011) verstanden. Reduziert auf ein solches Minimalverständnis meint Vergleich, „the broad practice of thinking cities/the urban through elsewhere [...], in order to better understand outcomes and to contribute to broader conceptualizations and conversations about (aspects of) the urban“ (Robinson 2016, S. 5). Eine solche „comparative imagination“, bei der – wie in diesem Fall – Wohnungspolitik und soziale Proteste in Tel Aviv/Israel durch die Brille von Frankfurt/Deutschland sowie umgekehrt betrachtet werden, ermöglicht es, scheinbare Selbstverständlichkeiten zu irritieren, unerwartete Erkenntnisse zu gewinnen sowie „ethnocentric assumptions which arise from the inevitable locatedness of all theory“ (Robinson 2016, S. 6) zu vermeiden. Eröffnet wird so ein Analysepotenzial, welches sich zwar an abstrakte marxistische Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie (des Wohnens) anlehnt, jedoch zugleich „radically open to empirical diversity and thus conceptual revisability“ (Robinson 2016, S. 12) bleibt. Im Folgenden soll erläutert werden, warum gerade die beiden Fallbeispiele Tel Aviv und Frankfurt ausgewählt worden sind (Abschn. 2.1) und wie die Fragestellung konkret methodisch operationalisiert worden ist (Abschn. 2.2).

2.1 Tel Aviv-Jaffa und Frankfurt am Main als Fallbeispiele

Gegenwärtig erleben zahlreiche Städte weltweit eine Rückkehr der Wohnungsfrage, begleitet von zunehmenden sozialen Protesten gegen Verdrängung und Wohnungsnot (Aalbers 2015; Álvarez de Andrés et al. 2015; Birke et al. 2015; Bradley 2014; Harvey 2012; Huke 2016, S. 31 ff.; Mayer 2016; Vogelpohl et al. 2017; Vollmer 2015; Wills 2016). Folglich ließe sich aktuell anhand vieler potenzieller Fallbeispiele das jeweilige Verhältnis von Prozessen der Kapitalakkumulation im Wohnungssektor, wohnungspolitischen Reformbestrebungen auf unterschiedlichen politischen Ebenen (scales) sowie der Wirkmächtigkeit sozialer Proteste und Bewegungen studieren. Die Entscheidung, die vergleichende Untersuchung auf Israel bzw. Tel Aviv-Jaffa und Deutschland bzw. Frankfurt am Main zu fokussieren, basiert im Wesentlichen auf fünf Gründen.

Erstens haben sich in den letzten Jahrzehnten sowohl Frankfurt (Keil 2011; Keil und Ronneberger 2000; Schamp 2001; Schipper 2013a, b) als auch Tel Aviv (Alfasi und Fenster 2009; Felsenstein et al. 2002; Kipnis 2004; Ram 2008) erfolgreich als Global Cities bzw. als Finanzzentren mit überregionaler Bedeutung etabliert. Aus der strukturell ähnlichen Positionierung innerhalb der globalen Arbeitsteilung resultiert für beide Städte einerseits ein hoher ökonomischer

Wachstumsdruck sowie eine soziale Polarisierung der Einkommen und Vermögen (für Frankfurt: Bock und Belina 2012; Klagge 2005; für Tel Aviv: Charney und Malkinson 2015; Cohen und Margalit 2015; Margalit und Vertes 2015). Die Global-City-Formierung prägt zudem die jeweiligen Wohnungsmärkte wesentlich, da sie Grundeigentümer/innen die Aneignung von Monopolrenten ermöglicht (Schipper 2013b; Smet 2016) und dementsprechend zur Verdrängung einkommensschwacher Schichten führt (Mösgen und Schipper 2017). Jedoch verfügen Frankfurt und Tel Aviv andererseits, gerade weil sie sich erfolgreich als Global Cities positionieren konnten, zugleich auch über eine vergleichsweise hohe relative Autonomie, unabhängig von nationalstaatlichen Entscheidungen und Ressourcenzuweisungen eigenständige Wohnungspolitiken implementieren und durchsetzen zu können. Angesichts hoher lokaler Steuereinnahmen, gut ausgebauter und relativ autonomer Stadtverwaltungen sowie eines umfangreichen Bestands an öffentlichem Eigentum in Form von Wohnungsbaugesellschaften oder städtischen Grundstücken besitzen sowohl Tel Aviv (Alfasi und Fenster 2009, 2005) als auch Frankfurt (Schipper und Wiegand 2015a; Schipper 2014b) materiell zumindest das Potenzial, innovative Experimente mit postneoliberalem Charakter hervorbringen zu können und als lokale Laboratorien für eine Transformation der Wohnungsversorgung zu wirken.

Zweitens verbindet Tel Aviv und Frankfurt ebenso eine lange, wenn auch mittlerweile stark vernachlässigte Tradition eines nicht-profitorientierten Wohnungsbaus. Beide Städte galten mit dem Neuen Frankfurt der 1920er Jahren auf der einen Seite (Eckardt 2011; Kreinz 1991; Prigge und Schwarz 1988) und dem vom Bauhaus und sozialistischen Idealen inspirierten Wohnungssektor der israelischen Arbeiterbewegung ab den 1930er Jahren auf der anderen (Amit-Cohen 2005; Azaryahu 2008) als Leuchttürme und Wegbereiter eines modernen Wohnungsbaus, der über gemeinnützige öffentliche Eigentümerstrukturen oder Genossenschaften Teile der Wohnungsversorgung dem Markt und Profitinteressen entzieht. Gegenwärtig scheinen der innovative Charakter kollektiver Eigentümerstrukturen und die sozial ausgerichtete Bewirtschaftungspraxis zwar zunehmend hinter dem gefeierten architektonischen Erbe in Vergessenheit zu geraten.² Dennoch versinnbildlichen bis heute große Bestände in beiden Städten, dass ein qualitätsvoller

²Dem Neuen Frankfurt werden etwa Ausstellungen im architektonischen Museum gewidmet und das Bauhaus in Tel Aviv hat 2003 sogar den Status UNESCO-Weltkulturerbe erlangt. Das Besondere der nicht-privatwirtschaftlichen Eigentümerstruktur und der damit verbundene soziale Anspruch, bezahlbaren Wohnraum für Arbeiterhaushalte schaffen zu wollen, geraten dabei gegenwärtig aber häufig aus dem Blick.

sozialer Wohnungsbau im Interesse niedriger und mittlerer Einkommensgruppen technisch und organisatorisch möglich ist, wenn der entsprechende politische Wille mobilisiert werden kann.

Drittens waren beide Städte in den letzten Jahrzehnten durch eine tief greifende Neoliberalisierung der Wohnungspolitik und eine hegemoniale Durchsetzung des Leitbilds der unternehmerischen Stadt geprägt. So haben politische Entscheidungsträger/innen etwa den Rückzug aus dem öffentlichen Wohnungsbau betrieben, den Wohnungsmarkt dereguliert, öffentliche Wohnungsbestände und Liegenschaften privatisiert sowie die Wohnungs- und Stadtplanungspolitik auf die Bedürfnisse einkommensstarker Haushalte bzw. privater Investoren ausgerichtet (für Tel Aviv: Margalit und Alfasi 2016; Margalit 2009, 2013, 2014; Marom 2011; Monterescu 2015, S. 135ff.; Rotbard 2015; Schipper 2015b; für Frankfurt: Heeg 2012; Holm 2009; Mösgen und Schipper 2017; Schipper 2013a; Schipper und Wiegand 2015a). Damit stehen Frankfurt und Tel Aviv geradezu paradigmatisch für einen ab den 1980er Jahren vielerorts zu beobachtenden Wandel der Wohnungspolitik, der an vielen Punkten Marktmechanismen zum Durchbruch verholfen hat.

Viertens erleben die beiden wirtschaftsstarke Großstädte seit 2008 (Tel Aviv) bzw. 2010 (Frankfurt) eine sich zuspitzende Rückkehr der Wohnungsfrage. Einkommensschwache und selbst Mittelschichthaushalte haben zunehmend Probleme, angesichts steigender Mieten und Wohnungspreise im gesamten Stadtgebiet bezahlbaren Wohnraum zu finden. In Frankfurt am Main sind die Wohnungspreise zwischen 2010 und 2014 etwa um 40 % (Gutachterausschuss für Immobilienwerte 2015, S. 23) sowie die Angebotsmieten jährlich im Durchschnitt um knapp 4 % gestiegen (IWU 2015a, S. 50). In Tel Aviv stellt sich die Wohnungsmarktsituation sogar noch angespannter dar. Dort sind die Mieten etwa zwischen 2008 und 2013 um 60 % (Schipper 2015b, S. 523) und die Wohnungspreise seit 2008 jährlich um über 11 % gestiegen (ebd., S. 527). Auch wenn die Gründe für diese Entwicklung vielschichtig sind, so hat doch die neoliberale Neuordnung städtischer Politik in beiden Kontexten wesentlich zur aktuellen Krise der Wohnungsverversorgung beigetragen.

Fünftens haben sich in beiden Städten neue soziale Bewegungen entlang der Wohnungsfrage konstituiert und öffentlichen Druck aufgebaut. In Tel Aviv lässt sich der Beginn eines neuen wohnungspolitischen Protestzyklus auf den 14. Juli 2011 datieren, als eine kleine Gruppe von Studierenden sich entschied, aus Protest gegen unbezahlbar gewordene Mietpreise auf dem luxuriösen Rothschild Boulevard im Zentrum der Stadt zu zelten. Was als spontanes Protestcamp begann, entwickelte sich innerhalb weniger Wochen zu einer mehrmonatigen Massenbewegung für soziale Gerechtigkeit, die sich gegen den neoliberalen Umbau der Gesellschaft, soziale Polarisierung sowie steigende Wohnungspreise und Mieten richtete.

Inspiziert vom Arabischen Frühling und den Indignados in Spanien, besetzten Aktivist/innen Straßen und Plätze, etablierten mehr als 60 Zeltstädte im ganzen Land und organisierten Großdemonstrationen mit bis zu einer halben Million Teilnehmer/innen. Auf dem Höhepunkt der Aktionen im September 2011 beteiligten sich ca. 10 % der erwachsenen Bevölkerung an landesweiten Kundgebungen, während laut Meinungsumfragen 87 % mit den Protestierenden sympathisierten (Abschn. 3.2; Grinberg 2013; Marom 2013; Schechter 2013). Die Bewegungslandschaft in Frankfurt am Main ist zwar nicht durch vergleichbare Massenproteste charakterisiert, allerdings sind auch dort ab 2011 verschiedene stadtpolitische Netzwerke, Bündnisse, Mieterinitiativen, Stadtteilgruppen und eine aktive Hausbesetzerszene entstanden, die die Wohnungsfrage auf die politische Agenda gesetzt und wohnungspolitische Reformen auf unterschiedlichen Ebenen angestoßen haben (Abschn. 4.1).

Zusammenfassend basiert die Auswahl von Tel Aviv und Frankfurt als Fallbeispiele also darauf, dass die beiden Städte in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten von einer tief greifenden Neoliberalisierung der Wohnungspolitik gekennzeichnet waren. Dieser Wandel hat ganz wesentlich die strukturellen Bedingungen für die aktuell zu beobachtende Rückkehr der Wohnungsfrage bereitet und die Wohnungsnot für niedrige Einkommensgruppen verstärkt. In Anbetracht der ausgeprägten relativen Autonomie der beiden Global Cities, basierend auf einem hohen lokalen Steueraufkommen und einem umfangreichen kommunalen Eigentum an Wohnraum (Metzger und Schipper 2017) und Boden (Schipper 2015b, S. 526), verfügen beide Städte jedoch weiterhin über das Potenzial, wohnungspolitisch einen signifikanten Unterschied zur nationalen Ebene machen bzw. eigenständige Wohnungspolitiken entwickeln und durchsetzen zu können. Angesichts der wohnungspolitischen Proteste der letzten Jahre sowie anknüpfend an die lokalen Traditionslinien nicht-profitorientierten Wohnungsbaus sind sowohl in Tel Aviv als auch in Frankfurt zumindest die materiellen und politischen Voraussetzungen vorhanden, um als Vorreiterinnen für postneoliberale regulatorische Experimente zu fungieren, die eine soziale Wohnungsversorgung auch gegen (private) Renditeerwartungen durchsetzen und Wohnraum Marktmechanismen entziehen.

2.2 Methodische Vorgehensweise

Die übergeordnete Fragestellung der Arbeit lautet, inwiefern und mit welcher Wirkmächtigkeit es wohnungspolitischen Protesten in Tel Aviv-Jaffa bzw. Frankfurt am Main gelungen ist, auf der nationalen, regionalen und/oder städtischen Ebene eine postneoliberale Dekommodifizierung auf dem Feld der

Wohnraumversorgung voranzutreiben und eine dauerhafte Verschiebung von wohnungspolitischen Diskursen und regulatorischen Praktiken zu bewirken. Zur Operationalisierung der Gesamtfragestellung wurden für beide Fallbeispiele folgende sechs, z. T. aufeinander aufbauende Aspekte untersucht:

1. *Exploration I, aktuelle Wohnungsmarkttrends:* Um die Wohnungsproteste und potenzielle wohnungspolitische Verschiebungen in ihren Kontext einordnen zu können, wurden für beide Fallbeispiele die Entwicklungen des Wohnungsmarktes in Hinblick auf Wohnungspreise, Mieten, Bodenpreise, Leerstände, die Eigentümerstruktur, den Bestand an sozialem Wohnungsbau, Baugenehmigungen, Gentrifizierungsprozesse, Haushaltseinkommen, Bevölkerungstrends und Wohnungslosigkeit kontinuierlich beobachtet. Dazu wurden Studien und Daten von wissenschaftlichen Institutionen, privaten Datenanbietern sowie Wohnungs- und Stadtplanungsämtern herangezogen, für Frankfurt zudem die kleinteiligen Bodenpreisentwicklungen auf Basis von Rohdaten des Gutachterausschusses für Immobilienwerte zwischen 1984 und 2016 rekonstruiert (Schipper 2013b). Darüber hinaus wurden Experteninterviews mit Akteuren der Stadtverwaltungen, Mitarbeiter/innen von wohnungspolitisch aktiven NGOs und Stadtforscher/innen aus Geographie, Soziologie, Architektur, Politikwissenschaften und Stadtplanung durchgeführt. Vor allem im israelischen Kontext haben sich diese als überaus hilfreich erwiesen, um ein tieferes Verständnis der Besonderheiten des nationalen Wohnungssystems zu entwickeln.
2. *Exploration II, Widerständigkeiten und städtische soziale Proteste:* Zweitens wurde rekonstruiert, welche Formen von Widerständigkeiten und sozialen Protesten sich in den beiden Städten insbesondere seit 2008 artikuliert haben. Wie haben sich die Proteste in zeitlicher und räumlicher Perspektive entwickelt? Wer sind die zentralen Akteure und die sie tragenden sozialen Gruppen bezüglich Klassenzusammensetzung, Gender, Alter und Ethnizität/Staatsbürgerschaft? Welche (supra-)lokalen Netzwerke haben sie aufgebaut und auf welchen räumlichen Maßstabebenen sind sie aktiv (Hausgemeinschaft, Nachbarschaft, Gesamtstadt, Region, nationalstaatliche Ebene, supranational/global)? Dazu wurde zum einen die Tagespresse analysiert. Sämtliche Zeitungsartikel, die zwischen 2008 und 2016 zum Thema Wohnen und soziale Proteste in der liberalen Haaretz und der rechtskonservativen Jerusalem Post sowie der Frankfurter Rundschau (FR), der Frankfurter Neuen Presse (FNP) und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) erschienen sind, wurden zusammengetragen, in einer MAXQDA-Datenbank aufbereitet und schließlich entlang der oben genannten Fragestellungen ausgewertet. Darüber hinaus wurden zum anderen für die israelische Fallstudie 41 leitfadengestützte Interviews

mit Aktivist/innen der Sozialproteste (19×), Sozialwissenschaftler/innen (7×), einem Journalisten (1×), Mitarbeiter/innen von wohnungspolitisch aktiven NGOs (9×) sowie Stadtplaner/innen (3×) und Experten/innen des nationalen Wohnungsministeriums (2×) durchgeführt. Für die Frankfurter Fallstudie wurden dagegen keine Aktivist/innen interviewt.³ Vielmehr wurde die stadtpolitische Mieterbewegung seit 2011 teilnehmend beobachtet. Die Analyse beruht daher auf zahllosen informellen Gesprächen mit Aktivist/innen, den Protokollen der regelmäßigen Treffen und Vollversammlungen sowie eigenen Mitschriften und Feldnotizen. Grund für dieses divergente Methodensetting ist, dass ich in Frankfurt seit 2011 in verschiedenen stadtpolitischen Initiativen aktiv gewesen bin (Wem gehört die Stadt?; Aktionsbündnis für bezahlbaren Wohnraum; Eine Stadt für Alle! Wem gehört die ABG?) und darüber hinaus mit anderen wohnungspolitischen Gruppen kontinuierlich in einem mehr oder weniger engen Austausch stehe (Offenes Haus der Kulturen; Zukunft Bockenheim; Mieter helfen Mietern; Mieterinitiative Nordend, Bornheim, Ostend; Mieterinitiative Ginnheim Housing). Die langjährige Mitarbeit und das dadurch entstandene Vertrauensverhältnis haben mir einen weitaus tieferen Einblick in wohnungspolitische Kämpfe eröffnet, als dies mit formellen Leitfadeninterviews möglich gewesen wäre (Füllner 2014). Diese methodischen Unterschiede zwischen den beiden Fallstudien, die es bezüglich der Auswertung zu berücksichtigen gilt, waren aus forschungspraktischen Gründen unvermeidbar, da eine intensive beobachtende Teilnahme über einen längeren Zeitraum nur an einem Ort tatsächlich umsetzbar ist. Während der Vorteil einer mehrjährigen teilnehmenden Beobachtung darin besteht, ein enges Vertrauensverhältnis aufzubauen, mit der Bewegung relevante Fragestellungen und politische Strategien zu entwickeln und man zudem einen privilegierten Feldzugang erhält, ist zu reflektieren, dass durch die intensive Teilnahme (z. B. auch an Strategiediskussionen) der zu erforschende Gegenstand mitgeprägt wird (Füllner 2014, S. 88). Dies wurde im Rahmen des hier diskutierten Projektes jedoch als akzeptabel und sogar wünschenswert beurteilt (Abschn. 5.3), da es mir nicht um eine Erforschung der Bewegung als solcher ging, sondern um deren Verhältnis zu staatlichen Akteuren bzw. um deren Kraft, postneoliberale Regulationsweisen wirkungsvoll durchzusetzen.

³Allerdings wurden Leitfadeninterviews mit stadtpolitischen Entscheidungsträger/innen, Mitarbeiter/innen des Wohnungsamtes und Gewerkschaftler/innen der Wohnungswirtschaft geführt.

3. *Postneoliberale Alternativen aufspüren:* In einem dritten Schritt habe ich untersucht, welche alternativen Diskurse und Praktiken (Leitner et al. 2007) jenseits einer neoliberalen Regulation der Wohnraumversorgung von den Bewegungsakteuren formuliert und vorangetrieben werden. Es ging also darum zu rekonstruieren, welche politischen Forderungen die Initiativen erheben und welche Vorstellungen und Imaginationen von einer sozial gerechten und bezahlbaren Wohnungsversorgung dabei aufscheinen. Dazu wurde zum einen auf das erhobene Interviewmaterial und die empirischen Daten der teilnehmenden Beobachtung zurückgegriffen sowie zum anderen die von den sozialen Protestbewegungen seit 2011 veröffentlichten Texte (Flyer, Grundsatzpapiere, Homepages, etc.) ausgewertet. Im israelischen Kontext haben mir z. T. Aktivist/innen bei der Übersetzung ihrer Publikationen geholfen.
4. *Wirkmächtigkeit sozialer Proteste:* Viertens ist für beide Fallbeispiele analysiert worden, inwiefern es den Bewegungen gelungen ist, die Wohnungsfrage erneut auf die politische Agenda zu setzen, die jahrzehntelang etablierte neoliberale Hegemonie herauszufordern sowie wohnungspolitische Alternativen auf städtischer, regionaler oder nationaler Ebene auch tatsächlich durchzusetzen, die Wohnraum Marktmechanismen entziehen und Renditeinteressen im Sinne einer postneoliberalen Dekommodifizierung einschränken. Im Fokus stand also die Frage, inwiefern es im Zuge der sozialen Proteste über diskursive Verschiebungen hinaus zu einer signifikanten Abweichung von der bisherigen Dominanz von Neoliberalisierungsprozessen kommt und sich ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel im System der Wohnungsversorgung abzeichnet. Konkret habe ich untersucht, welche neuen wohnungspolitischen Ansätze seit 2011 auf städtischer, regionaler und nationaler Ebene verfolgt worden sind, inwiefern diese Strategien es quantitativ vermögen, „dauerhaft qualitätsvollen Wohnraum im unteren und mittleren Preissegment zu gewährleisten“ (Schönig et al. 2016, S. 37), und ob sie qualitativ auf eine neue postneoliberale Regulationsweise des Wohnens verweisen bzw. diese in Form von innovativen Experimenten vorwegnehmen.

Methodisch orientiert sich das Projekt an dem Vorschlag von Andrej Holm (2011, S. 17 f.), staatliche Eingriffe in die Wohnungsversorgung multiskalar entlang der Triade Geld (finanzielle Fördermittel), Recht (Regulationsmechanismen des Miet-, Bau- und Städtebaurechts) und Eigentum (öffentliche Wohnungsbestände und Grundstücke) zu analysieren. Konkret wurden staatliche und kommunale Haushaltspläne, regulatorische Veränderungen in Form von Gesetzgebungsverfahren, Anweisungen und Richtlinien sowie die Struktur und die Praktiken öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften und

Liegenschaftsverwaltungen jeweils im Detail betrachtet. Für die israelische Fallstudie wurden dazu die Tagespresse (Haaretz, Jerusalem Post), wissenschaftliche Literatur, Publikationen diverser NGOs, Forschungseinrichtungen und staatlicher Institutionen sowie die Interviews mit politischen Akteuren, Sozialwissenschaftlern, Stadtplaner/innen der Stadtverwaltung von Tel Aviv und Mitarbeiter/innen des nationalen Wohnungsministeriums ausgewertet. Im deutschen Kontext wurden auf Bundes- und Landesebene Haushaltspläne, Gesetzesinitiativen, Anträge und parlamentarische Debatten analysiert, welche über das Dokumentations- und Informationssystem für Parlamentarische Vorgänge (DIP)⁴ bzw. das Informationssystem des Hessischen Landtags⁵ zugänglich sind. Im Rahmen einer Dokumentenanalyse auf städtischer Ebene wurden neben der Tagespresse (FR, FNP, FAZ) kommunale Haushaltspläne, wohnungspolitische Debatten in der Stadtverordnetenversammlung (STVV), Vorträge des Magistrats, Anträge der Opposition, Veröffentlichungen des Stadtplanungsamtes seit Mitte der 2000er Jahre und die jährlichen Geschäftsberichte des städtischen Wohnungsunternehmens ABG Frankfurt Holding seit 1980 untersucht. Genutzt wurde dazu unter anderem das Parlamentsinformationssystem (Parlis)⁶, welches es erlaubt, für den Zeitraum seit 1993 online nach Anfragen, Berichten, Stellungnahmen und Vorträgen des Magistrats sowie Debatten im Stadtparlament zu recherchieren.

Über potenzielle Verschiebungen auf dem multiskalaren Terrain des Staates hinaus wurde zudem das gesamte empirische Material danach befragt, inwiefern im Kontext der sozialen Bewegungen neue Praktiken der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung von Wohnraum „jenseits von Markt und Staat“ (Helfrich 2012) in Form von kollektiven Eigentumsmodellen an Bedeutung gewonnen haben.

5. *Erfolge, Scheitern und (strukturelle) Gegenkräfte*: Schließlich galt es fünftens auf Basis der empirischen Erkenntnisse zu verstehen, warum es den sozialen Protesten gelungen oder eben nicht gelungen ist, postneoliberale Alternativen auf dem oder jenseits des Terrain(s) des Staates durchzusetzen. Worin liegt das Potenzial sozialer Bewegungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten und auf verschiedenen räumlichen Maßstabsebenen, gesamtgesellschaftliche Transformationsprozesse anzustoßen? Welche Gegenkräfte in Form von

⁴<http://dipbt.bundestag.de/dip21.web/bt>.

⁵<http://starweb.hessen.de/starweb/LIS/servlet.starweb>.

⁶<http://www.stvv.frankfurt.de/parlis2/parlis.html>.

beispielsweise politökonomischen Strukturen (Hirsch 1994), (supra-)nationalen „neoliberalized [...] rule regimes“ (Brenner et al. 2010, S. 339), geopolitischen Konstellationen (Allegra 2013; Feige 2009), staatlichen Selektivitäten (Jessop 2008), materiellen Verdichtungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (Buckel et al. 2012; Poulantzas 2002), Austeritätspolitiken (Blyth 2013; Peck 2012; Schönig und Schipper 2016; Stütze 2013) und hegemonialen Diskursen (Belina und Dzudzek 2009) verhindern einen postneoliberalen Wandel? Durch die Interpretation der empirischen Ergebnisse aus Perspektive materialistischer Staatstheorie (vgl. Textbox 4) in Tradition von Poulantzas (2002), Hirsch (1994), Jessop (2008) und Brenner (2004) wurden für beide Fallbeispiele die realen (und nicht naiv utopischen) Möglichkeiten und Bedingungskonstellationen einer Dekommodifizierung des Wohnens im Interesse niedriger und mittlerer Einkommensgruppen reflektiert.

6. *Alternativen aufzeigen:* Vor dem Hintergrund der erneuten Rückkehr der „Wohnungsfrage“ (Schönig 2013) an vielen Orten der Welt, postuliert etwa Manuel Aalbers (2015, S. 77), dass eine „decommodified housing alternative is needed more than ever before.“ Eine systematische Erforschung, wie eine solche Alternative aussehen könnte und wie sie gegen erhebliche Widerstände von „Immobilien-Verwertungs-Koalitionen“ (Holm 2011, S. 15) politisch durchzusetzen wäre, erfolgt aber bis dato höchstens in Ansätzen (Balmer und Bernet 2015, 2017; Hodgkinson 2012; Holm 2013; Horlitz 2017; Larsen und Lund Hansen 2015; Metzger 2015; Schönig et al. 2016, 2017). Im Sinne einer aktivistischen Stadtforschung (Füllner 2014) wurde daher sechstens versucht, die klassische Trennung zwischen akademischer Wissensproduktion und sozialen Kämpfen zu überwinden. In enger Kooperation mit wohnungspolitischen Aktivist/innen und Akteuren aus selbstverwalteten kollektiven Eigentumsprojekten galt es, bereits bestehende Alternativen einer marktfernen Wohnraumversorgung aufzugreifen, um innovative Konzepte und Lösungsansätze zur Realisierung bezahlbaren Wohnraums zu benennen und nach Möglichkeiten ihrer politischen Durchsetzbarkeit zu fragen.

Ausgehend von der Eingebundenheit in stadtpolitische Kämpfe in Frankfurt seit 2011 wurden dazu lokal Workshops organisiert und Diskussionen auf bundesweiten ‚Recht auf Stadt‘-Kongressen angeregt, die sich beispielsweise mit Formen nicht-profitorientierten Wohnungsbaus oder strategisch-politischen Fragen beschäftigt haben. Eine kleinteiliger ausgerichtete kollektive Wissensproduktion in einem hybriden Raum zwischen Wissenschaft und Bewegung erfolgte zudem in kontinuierlicher Zusammenarbeit mit dem stadtpolitischen Netzwerk ‚Eine Stadt für Alle! Wem gehört die ABG?‘⁷, der ‚Mieterinitiative

⁷<http://www.stadt-fuer-alle.net/>.

Nordend, Bornheim, Ostend‘ und dem Bündnis ‚Mieten und Wohnen‘⁸, welches auf Bundesebene unter anderem an der Durchsetzung einer Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit (NWG) arbeitet (Holm et al. 2015a; Kuhnert und Leps 2017).

Im israelischen Kontext wurden in bewegungsnahen Onlinemagazinen alternative, staatsferne Eigentumsmodelle vorgestellt (Schipper 15.02.2014) und auf Konferenzen sowie in kleineren Arbeitsgruppen mit Aktivist/innen deren Übertragbarkeit diskutiert. Hervorgegangen ist daraus u. a. eine bis heute andauernde Beratungstätigkeit von Initiativen, die kollektive Eigentumsmodelle nach dem Vorbild des Mietshäuser Syndikats (vgl. Textbox 3) in Israel etablieren wollen. Darüber hinaus stehe ich in regelmäßigem Kontakt mit kritischen Stadtplaner/innen und Wohnungsexpert/innen von BIMKOM⁹ in Jerusalem und dem ‚Affordable Housing Center‘¹⁰ an der Universität Tel Aviv sowie mit stadtpolitischen Aktivist/innen vom ‚Public Housing Team‘¹¹, um sich vor dem Hintergrund der jeweiligen Erfahrungen in einem gegenseitigen Lernprozess über postneoliberale Alternativen und politische Strategien auszutauschen.

⁸<http://www.netzwerk-mieten-wohnen.de/>.

⁹BIMKOM ist eine israelische NGO, die 1999 von Stadtplaner/innen, Geograph/innen und Architekt/innen mit dem Ziel gegründet worden ist, demokratische Prozesse und Menschenrechte in den Bereichen der Raumplanung und Wohnungspolitik zu stärken (vgl. <http://bimkom.org/eng/>).

¹⁰<http://www.israhc.org/home-english>.

¹¹https://www.facebook.com/PublicHousingTeam?notif_t=fbpage_fan_invite.

Wohnraum dem Markt entziehen?

Wohnungspolitik und städtische soziale Bewegungen in
Frankfurt und Tel Aviv

Schipper, S.

2018, VIII, 151 S. 9 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-17992-2